

S
*P*anfte
*L*olitik

Medien-Politik

Ein Gespräch zur Frage: Wie schaffen wir ausgewogene Medien ?

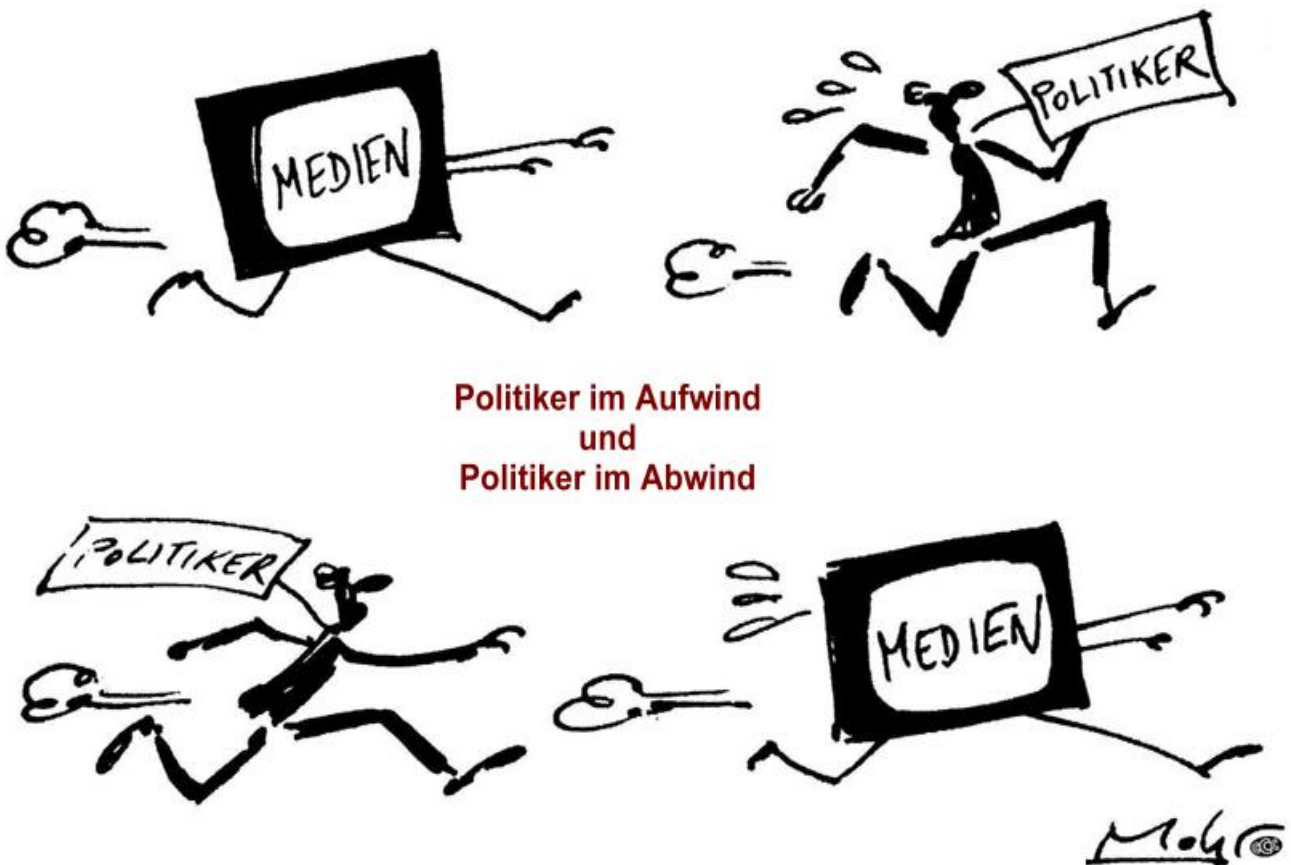
Remy Holenstein



Wie beeinflussen sie uns ?

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zum verwendeten Beispiel.....	3
Werden wir von den Medien manipuliert ?.....	3
Ahnungslose, Überlastete und Geldgierige.....	4
Die Panikmacher.....	7
Änderungen beim Medienverständnis.....	7
Medien als dritte Gewalt im Staat.....	9
Warum gibt es nicht mehr positive Informationen ?.....	11
Politische Regeln für das Internet.....	12



Vorbemerkung zum verwendeten Beispiel

Im folgenden Gespräch wird die Rolle der Medien für unsere Gesellschaft beleuchtet. Dabei dient die Erfahrung mit der Covid-2019-Pandemie-Ausrufung als eines der Beispiele, wie der Mehrzahl der Menschen eine Vorstellung eingeimpft werden kann, die wenig bis nichts mit der Realität zu tun hat. Es geht hier nicht um eine Kritik an politische Fehlentscheidungen, sondern darum, zu zeigen, dass auch heute noch die Medien ganze Völker zu haltlosen Vorstellungen und panikartigem Verhalten verleiten können. Das muss verstanden werden, wenn wir Lösungen anstreben, die uns von der einseitigen Beeinflussung durch die Medien befreien können.

Wir SchweizerInnen sind stolz auf folgenden Satz:

„In der Schweiz darf jede/r ihre/seine eigene Meinung haben.“

Aber haben wir eine eigene Meinung ?

Werden wir von den Medien manipuliert ?

Heute reden wir über den Zweck der Medien für unsere Gesellschaft. Jetzt nach der schlimmen Rolle der Medien in der hoffentlich bald zu Ende gehenden Hysterie um die Covid-2019 steht eine weitreichende Aufräumarbeit an.

Das sehe ich auch so und es betrifft auch die politischen Entscheidungen. Um eine weitere Aushebelung von Grundrechten ohne ausreichende Grundlage vorzubeugen, muss das ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda werden.

Dabei geht es nicht um die Frage: „Wie verhindern wir ein Wiederaufflammen Grippe durch das Virus Sars-CoV-2 ?“, denn eine zweite Welle mit dem gleichen Virus ist unmöglich.

Es geht darum, dass nie mehr ohne ausreichende Belege und ohne Anhörung der Experten von allen relevanten Seiten eine so schadensverursachende Entscheidung gefällt werden kann.

Aber die Politiker konnten nicht anders entscheiden, nachdem die Medien während Wochen nur noch von der Covid-19-Gefahr mit entsprechenden Fotos von überfüllten Spitälern Stimmung gemacht hatten.

Dieses Problem hatten die PolitikerInnen tatsächlich. Aber sie werden von uns nicht dafür bezahlt, dass sie Tatsachen verschweigen und den maßlosen und angsteinflößenden Übertreibungen keine Berichtigung gegenüberstellen. In den meisten Fällen schätze ich die Nichteinmischung der Behörden, doch diesmal hätten sie viel Schaden vermeiden können.

Willst du sagen, der Bundesrat habe andere Informationen zum Sars-CoV-2 gehabt, als das, was die Medien verbreiteten ?

Ich weiß nicht, welche Informationen die Bundesräte zur Kenntnis genommen und welche sie ignoriert haben. Aber ich weiß, dass außerhalb der Leitmedien viele Informationen schon vor dem Lockdown veröffentlicht wurden, die zeigen, dass die Grippe bereits abgeklungen war und es deshalb keine neuen Maßnahmen brauchte. Man kann sich fragen: Hatten die Leitpersonen in den Regierungen, von dem was lief, keine Ahnung oder waren und sind sie Mitspieler der Pharmaindustrie ?

Ahnungslose, Überlastete und Geldgierige

Bevor ich auf deine Aussage „Mitspieler“ eingehe, möchte ich doch starke Zweifel anmelden zur Behauptung die Bundesräte seien ahnungslos. Es hat bestimmt Leute gegeben, die ihnen ihre Bedenken zum „Lockdown“ mitgeteilt haben.

Das steht heute fest, aber das bedeutet nicht, dass die Bundesräte ihnen wirklich zugehört und die Zuschriften gelesen haben. Bundesräte funktionieren nicht anders als gewöhnliche BürgerInnen. Sie glauben der WHO und den Medien mehr als den warnenden Stimmen. Auf alles, was diese vorbringen, setzten sie den Stempel „Verschwörungstheorie“ drauf und schon fühlen sie sich berechtigt alle unerwünschten Fakten zu ignorieren.

Machst du es dir mit dieser Aussage nicht etwas zu leicht ? So naiv sind sind weder die Regierenden noch das Volk.

Naiv habe ich sie nicht genannt. Sie wollen einfach die Argumente der Gegenseite nicht zur Kenntnis nehmen. Dafür kann ich mindestens drei Beweggründe erkennen: Die von der Pharma „gesponserten“ unter ihnen wissen sehr wohl, was sie wollen. Die Zweiten sind die Ahnungslosen. Sie werden von den Erstgenannten zum Mittun verleitet. Die Dritten sind die Überlasteten, welche keine Zeit fanden, sich vertiefter mit dem Problem zu beschäftigen. Sie ließen die anderen gewähren.

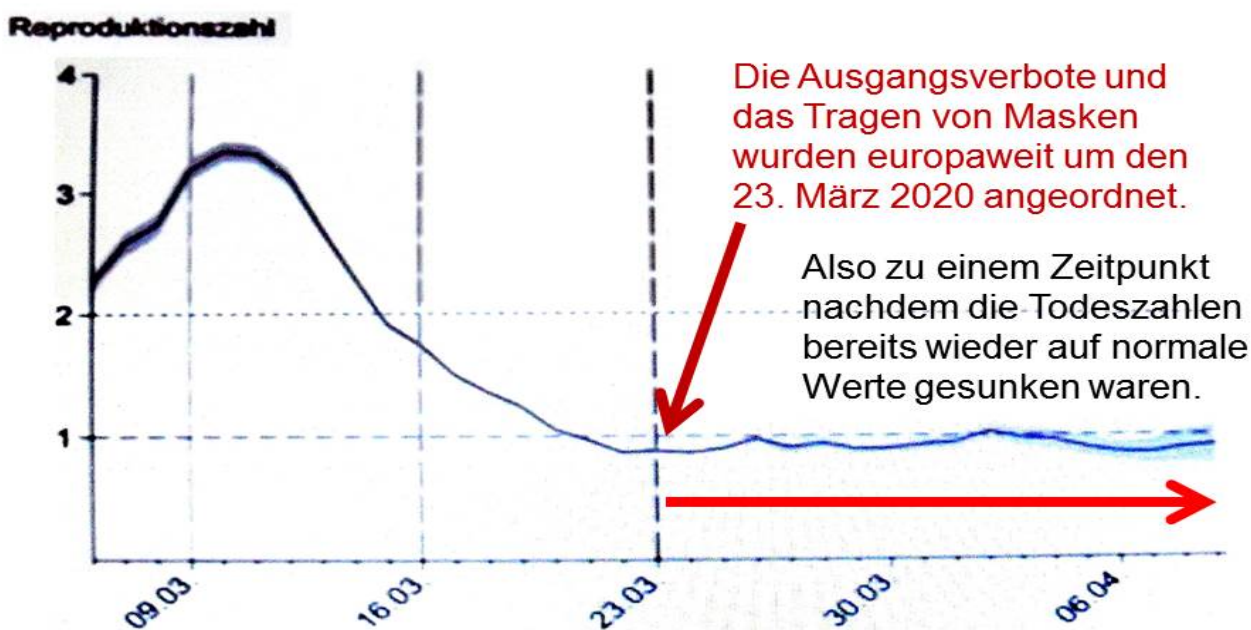
Noch etwas zum Begriff „naiv“: Wenn es sich herausstellen sollte, dass die Behörden naiv waren und alle Einwände ignorierten, dann finde ich das weniger schlimm, als wenn ich einsehen müsste, dass alle Verantwortlichen diesen bössartigen Schwindel bewusst mitmachten.

Viele unserer Abgeordneten haben eine höhere Bildung und zumindest eine Ahnung von Biologie. Sie lassen sich nicht so leicht ein A für ein U vortäuschen.

Unsere Volksvertreter sind allesamt keine Virologen. Sie geben nur das weiter, was sie von der WHO und den Fachleuten hören, welche mit den Corona-Maßnahmen auf Unterstützung ihrer Forschung hoffen oder die Mehrung ihrer persönlichen Einkommen vorantreiben.

Anders als sie stelle ich nicht auf die Behauptungen der Profiteure ab, sondern auf Fakten:

Großer Schaden statt Nutzen

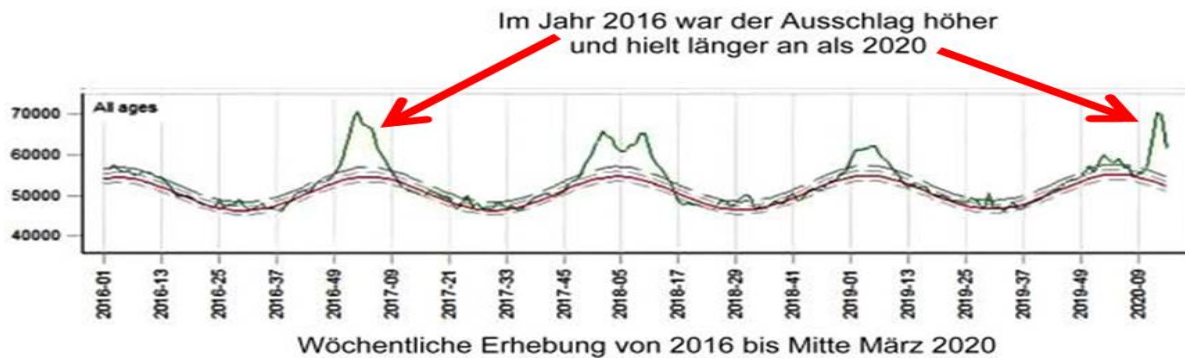


Der horizontale Verlauf zeigt, dass die Anordnungen keinen Einfluss auf die Anzahl der Verstorbenen hatten.

Quelle: Robert Koch Institut 26. April 2020

Grippewelle im gewohnten Rahmen

Zahl der Grippetoten jeden Alters pro Tag in Europa



Quelle: Robert Koch Institut 26. April 2020

RH – 28. April 2020

Die Kurven zeigen deutlich die Grippewelle der Wintern 2016/2017 - 2017/2018 - 2018/2019 und 2019/2020. Bemerkenswert ist, dass im Winter 2017/2018 mehr Menschen starben als beim höchsten „Berg“ ein Jahr davor. Die Zahl der Toten wird nicht nur durch die Höhe, sondern stärker noch durch die Breite der „Berge“ also die Dauer der Grippewelle bewirkt.

Bei der Grippewelle 2019/2020 war der „Berg“ schmal und klang bereits vor dem „Lockdown“ ab.

Die Fortsetzung der Kurve zeigt die vorangehende Abbildung.

Die Reproduktionszahl 1 entspricht dem Jahresdurchschnitt.

Fakten:

- Es steht fest, dass der „Lockdown“ in einem Zeitpunkt (23. März 2020) beschlossen wurde, als die Zahl der täglich Sterbenden schon auf den Jahresdurchschnitt gesunken war.
- Es steht fest, dass die Anordnungen zum Distanzhaltenden, Maskentragen, das Desinfizieren und das Händewaschen nicht nötiger waren als in anderen Grippejahren.
- Es steht fest, dass das Virus Sars-CoV-2 leicht weniger Tote gefordert hat als manche Grippewellen der vorangegangenen Jahren.
- Es steht fest, dass ein Virustyp keine zweite Grippewelle auslösen kann, weil das Immunsystem der meisten Menschen diesen Virentyp kennt und die Viren vernichtet, bevor sie sich stark vermehren können.

Trotzdem wurden diese einschneidenden Maßnahmen beschlossen und bis zum bitteren Ende weitergeführt. Darüber hinaus haben die Behörden die Angstmache der Medien nicht nur akzeptiert, sondern noch verstärkt.

Angenommen, du hast recht, dass viele Behörden ahnungslos handelten - wieso merkten sie es selber nicht ?

Sie vertrauen jenen, die ein ähnliches Weltbild haben.

Es hat Journalisten gegeben, welche die Regierenden fragten, auf welcher Grundlage sie diese Maßnahmen beschließen. Die Verantwortlichen nannten die WHO, die eigenen Forschungsanstalten und die Verwaltern der Spitäler. Für mich ist klar, dass das alles Profiteure der Covid-Hysterie sind. Das aber spielt für neoliberale PolitikerInnen keine Rolle, weil sie gemäß ihrem Weltbild alle Menschen als Profiteure betrachten. Ihnen fehlt ein entwickelteres Weltbild. Deshalb vertrauen sie denen, die ihnen am ehesten entsprechen.

Aber das heißt nicht, dass die Argumente der Profiteure falsch sind.

Da stimme ich dir zu. Jedoch im Fall, wo die einen Experten das Gegenteil behaupten, von dem, was die anderen Fachleute sagen, sind wir logischerweise erst einmal verunsichert, wem wir glauben sollen. Dann bleiben uns folgende Hilfen:

- Wenn man so viel medizinische Kenntnisse besitzt, um unterscheiden zu können, welche Behauptungen stimmen, hat man einen erheblichen Vorteil gegenüber den Normalbürgern und kann einschätzen, welche Argumente eher zutreffen.
- Wenn man aber zu der riesigen Mehrheit der Menschen zählt, die sich nie tiefer mit dem Wesen der Viren befasste, dann sollte man vor allem die Frage nach den Profiteuren stellen. Wer verdient an der Pandemie-Ausrufung ? Dann sehe ich Bill Gates mit der von ihm gesponserten WHO an erster Stelle. Sie haben die Angst vor einem extrem gefährlichen Virus in die Welt gesetzt. Wer merkt, dass die medial erzeugte „Pandemie“ durch Geldgierige bewusst angetrieben wird, müsste eigentlich mit großem Interesse der Gegenseite zuhören. Doch das scheint vor allem bei vielen Intellektuellen nicht zu funktionieren.

Das beantwortet aber nicht, warum die Regierenden diese Fakten nicht zur Kenntnis genommen haben ? Die Regierenden sind keine Fachleute und finden keine Zeit, um sich nicht mit den tieferen Ursachen zu befassen, deshalb verlassen sie sich auf ihre Experten.

Den Behörden ist vor allem Eines wichtig: Sie brauchen für den Fall einer Fehlentscheidung eine Fachstelle, der sie die Verantwortung zuschieben können. Bezüglich der Covid-Pandemie-Ausrufung wird es die WHO sein. Die PolitikerInnen werden sich dereinst damit rechtfertigen, dass die Warnung und Anordnungen von der WHO gekommen sind. In einem Rechtsstreit, werden sie damit wahrscheinlich durchkommen.

Aber die WHO wurde genau dafür gegründet, dass sie Empfehlungen für die Stärkung der Gesundheit herausgibt.

Das stimmt, aber dann kamen mehr und mehr Staaten ihrer Beitragspflicht an die WHO nicht nach. Das sah die Pharmaindustrie als ihre Chance und finanziert heute die WHO zu mehr als siebzig Prozent. Jetzt funktioniert der Pharma-WHO-Komplex gemäß dem Prinzip: Wer zahlt befiehlt.

Die Behörden und die NormalbürgerInnen halten die weitgehend privatisierte WHO als vertrauenswürdig, obschon diese Organisation in den letzten Jahrzehnten bei den wirklichen Fachleuten jedes Vertrauen verspielt hat. Dieses nicht zur Kenntnis nehmen der eigenen Fachleute hat wiederum viel mit den einseitig berichtenden Medien zu tun.



Die Angst hat uns eingesperrt und von der Gesellschaft ausgesperrt.
Sperrt die Augen auf - lässt Vertrauen rein !

Wenn ich deine Aussage etwas salopp ausdrücke, dann heißt das: „Die Regierenden übernehmen das, was ihre Experten sagen und den anderen hören sie nicht wirklich zu, weil sie dafür weder Zeit noch Lust haben.“

Diese Beschreibung trifft auf viele der ahnungslosen Politiker zu. Es gibt auch noch die Mitspieler. Bei diesen vermute ich stark, dass sie korrupt sind. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Abgeordneten erhalten direkt oder indirekt Geld von Pharma-Unternehmen. Es ist ihre naturferne Weltsicht, welche sie dazu brachte, diesen Betrug mit vielen Millionen Toten aktiv mitzutragen oder dafür Schweigegeld anzunehmen. Weniger als ein Viertel der Abgeordneten genügen, um die anderen zu beeinflussen und zu betrügen. Sie erhalten die Anweisungen und Argumente von ihrer Pharma und der WHO und haben so einen Informationsvorsprung gegenüber ihren KollegInnen und allen anderen Nichtfachleuten in den Parlamenten und den Behörden. Zudem haben diese Macher einen zusätzlichen Einfluss durch die Unterstützung ihrer Medien. So regten sie den „Lockdown“ an durch das Einflößen von Angst. Mit Hilfe der Mediengläubigen brachten sie ihr Anliegen durch. Die Kosten wurden auf uns Steuerzahlende abgewälzt.

Die Panikmacher

Wenige Personen bringen so etwas Folgenreiches nicht durch.

Spirituell gesehen stimme ich dir zu. Es braucht eine entsprechende Verfasstheit der Bevölkerung und deren Unterstützung, um so einschneidende Beschlüsse erreichen und umsetzen zu können. Aber was die Zahl der Lockdown-Antreiber angeht, brauchte es, nach meiner Einschätzung, nur wenige.

Dazu ein Vergleich: Wir wissen, wie die meisten Menschen abstimmen. Sie fragen ihre Vertrauten, ob sie Ja oder Nein stimmen? Entsprechend deren Antwort füllen sie den Stimmzettel aus, ohne sich wirklich mit der Vorlage auseinandergesetzt zu haben. Was viele BürgerInnen übersehen, ist, dass es in den Parlamenten wegen der Überlastung mit Vorlagen nicht anders abläuft. Da sitzt einer in einer Kommission und nach der Sitzung, sagt er seinen Parteimitgliedern, wie sie zu stimmen haben. In der Regel folgen sie seiner Empfehlung ohne den Fall genauer anzuschauen.

Das kommt mir etwas zu simpel vor, die stimmen doch nicht ab, ohne sich zu informieren.

Erinnerst du dich an das MAI-Abkommen oder an die TIPP-Vorlage? Diese meisten Parlamentarier waren noch wenige Tage vor der Abstimmung bereit diese Verträge anzunehmen. In beiden Fällen wurden die Verträge schließlich abgelehnt, weil die Volksvertreter mit den Protestierenden in Kontakt kamen. Diese

Änderungen beim Medienverständnis

Nun aber zurück zu den Medien. Sie haben uns angelogen und uns in riesige Schwierigkeiten gebracht. Das reichte bis hin zu den Toten, die aus Angst oder anderen psychischen Gründen gestorben sind. Was muss sich ändern?

Als erstes ist es nützlich zu verstehen, dass wir Medien brauchen und wozu sie uns dienen sollen?

Die Medien haben die Aufgabe, Informationen über das ganze Spektrum des politischen Geschehens zu verbreiten. Auch Berichte über kulturelle Entwicklungen, über die Funktionsweise der im Umlauf befindlichen Güter und über deren Entwicklungsmöglichkeiten sollen sie veröffentlichen. Damit helfen sie eine vielseitig abgestützte Meinungsbildung zu ermöglichen. Zu ihrer Aufgabe zählt selbstverständlich auch das Aufspüren und Bekanntmachen von Missständen.

Um das zu erreichen ist es wichtig, dass die Leitmedien uns ehrlich und ausgewogen informieren.

Als Zweites braucht es die Einsicht, dass die Medien keine gewöhnlichen Unternehmen sind.

Ich zitiere dazu drei Feststellungen der UNESCO-Generalversammlung vom Oktober 2005: „[Medien sind nicht einfach Handelswaren, und der Markt sorgt nicht von selbst für Meinungsfreiheit, Medienvielfalt und unabhängige Information.](#)“

Es freut dich bestimmt, von dieser Seite eine Unterstützung zu erhalten?

Diese Aussagen wurden gemacht aus der Einsicht heraus, dass unser heutiges, arbeitsteiliges Leben nicht mehr ohne Medien funktionieren kann. Wir sind darauf angewiesen und es ist unabdingbar, dass wir seriöse Informationen erhalten. Was man uns mitteilt und was nicht, darf nicht in der Entscheidung der MedienbesitzerInnen liegen. Zumindest braucht es häufige Kontrollen. Ohne das Informieren mittels Medien sind wir beim heutigen Stand des gewohnten Bewusstseins recht orientierungslos.

Die Kontrollen sehe ich nicht als Nachteil, denn das schätzt man schon lange in vielen anderen Bereichen, wo es zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Beispielsweise darf kein Nahrungsmittel in den Verkauf

gelangen, ohne dass eine Lebensmittelkontrolle dieses stichprobenweise kontrolliert und die Zustimmung gibt. Warum ist das bei den Medien anders ?

Willst du eine Zensur einführen, bei der jeder Text vor der Veröffentlichung einer rigiden Kontrolle unterworfen wird ?

Es ist wichtig, dass die Informationen so geartet sind, dass sie keinen Schaden anrichten. Aber natürlich will ich genauso wenig wie du eine Zensur. Ich denke, dass es genügt, die JournalistInnen das berichten zu lassen, wozu sie motiviert sind und Lust verspüren. Genau das fehlt heute. Sie schreiben nur noch das, was ihre Chefs wollen. Dazu passt das Zitat von der Schere, „die im Kopf sitzt“. Diese Selbst-Zensur der Journalisten möchte ich zum Verschwinden bringen.

Ohne die Versorgung mit Information, welche alle wesentlichen Standpunkte ausreichend beleuchtet, sind die Menschen nicht in der Lage, in sinnvoller Weise an wirklich demokratischen Entscheidungen mitzuwirken

Da müsstest du die Medienbesitzer entmachten. Sie haben ihre Medien gekauft, um ihre Ansichten zu verbreiten und ihre Einkünfte zu erhöhen.

Ja, diese Entmachtung drängt sich bei vielen Medien auf. Es gibt auch solche Medien, die ehrlich informieren wollen. Doch die meisten von ihnen sind zu klein, um als Leitmedien zu gelten. Den Leitmedien muss der Staat die Zügel anlegen und von ihnen eine ehrliche Berichterstattung verlangen.

Das wäre eine Beschneidung des freie Unternehmertums. Wie kannst du einen solchen Eingriff rechtfertigen ?

Heute, wo nur noch vereinzelte Menschen an den Schalthebeln der wenige Medienkonzerne sitzen, ist das Eingreifen durch den Staat besonders dringend. Er hat dazu auch das moralische Recht, weil die Medien keine gewöhnlichen Unternehmen sind. Die Leitmedien agieren wie Monopole und Monopole gehören nicht auf den freien Markt. Was aber nicht auf dem freien Markt gehört, muss gemeinsam verwaltet werden. Anders gesagt: Die Medien sollen nicht eigenmächtigen Besitzern gehören, sondern der Allgemeinheit oder doch wenigsten den Medienschaffenden.

Das erforderliche Anlegen von Zügeln ist nicht ungewöhnlich, denn das halten wir auch in der Privatwirtschaft überall dort für richtig, wo Schäden entstehen könnten. Nur das, was von selber gut läuft braucht keine Regelungen und dazu zählen die meisten Erzeugnisse.



Medien als dritte Gewalt im Staat

Aber wie erreicht man, dass Journalisten unbeeinflusst von den Besitzern, das veröffentlichen können, was sie für mitteilenswert finden ?

Wir können die Medien zur **dritten Gewalt im Staat** erklären. Damit erhalten sie von uns allen die offiziell die Aufgabe und die Macht, über das zu wachen, was die beiden anderen Gewalten, nämlich die Legislative (Parlament) und die Judikative (Gericht) entscheiden. Das beinhaltet auch, dass die Medien unabhängig, also auch ohne Einschränkung durch die Parlamente und die Regierungen berichten können.

Das braucht neue Regelungen.

Ja. Folgende Voraussetzungen sind zu schaffen:

1. Die Presse darf über alles schreiben, solange sie die Menschen und die Menschenrechte respektiert. Man kann auch sagen, sie soll die Anstandsregeln einhalten. Das bedeutet beispielsweise, dass keine ehrverletzenden Äußerungen gemacht werden, dass keine Vorverurteilungen vorkommen und dass keine Lügen verbreitet werden.
2. Selbstverständlich sollen die Journalisten Zugang erhalten zu allen Geschäftsgängen – auch in der Privatwirtschaft, damit sie gut belegt und unzensuriert über das berichten können, was sie beobachten.
3. Es braucht das Einsehen der Behörden, dass wir in der Politik und in manchen anderen Bereichen eine Instanz benötigen, die - wie der Narr beim König – straflos Dinge ansprechen darf, die anderen nicht zu sagen wagen.
4. Es braucht angemessene Löhne für Journalisten, damit sie nicht unter finanziellen Druck geraten oder „gekauft werden“.
5. Es ist auch wichtig, dafür zu sorgen, dass die Pressefreiheit nicht durch Inserat-Boykotte eingeschränkt werden kann.

Eine Medienlandschaft, die sich an diese Regeln hält, kann durchaus als dritte „Gewalt“ einen wichtigen Beitrag zum optimalen Funktionieren der beiden anderen „Gewalten“ und damit zum Wohl der Bevölkerung leisten.

Welche Einkommensunterschiede sind angemessen ?



Meine Forderung nach gerechteren Verhältnissen entspringen keiner Missgunst, sondern aus der Sorge, weil solche Zustände, das gemeinschaftliche Leben schwer schädigen.

Mit diesen Vorschriften werden die Medienbesitzer nicht einverstanden sein.

Das ist zu befürchten, aber wir alle können bestimmen, unter welchen politischen Bedingungen wir leben wollen. Deshalb rege ich folgende vier Varianten an:

1. **Variante basierend auf Freiwilligkeit:** Die Medienbesitzer überlassen die Führung der Betriebe vollständig ihren MitarbeiterInnen und begnügen sich mit der jährlichen Auszahlung einer Dividende.
2. **Variante private Medien und sozialisierte Werbeeinnahmen:** Um inhaltsleere Blätter und Inserat-Boykotte zu vermeiden, werden alle Werbeeinnahmen vom Staat eingezogen. Anschließend fließen diese Mittel an die Medien zurück, entsprechend dem Umfang und der Qualität ihres Informationsangebots.
3. **Variante Enteignung:** Wenn die MedienbesitzerInnen nicht mitmachen, enteignet der Staat diese Medien und gestaltet sie zu Mitarbeiterfirmen um.
4. **Variante gemeinsame Verwaltung:** Die zu Mitarbeiterfirmen umgewandelten Medien sollen von einer Organisationen beraten werden, in der Medienkonsumenten und Medienschaffenden eingeladen sind mit zu wirken.

Die zweite Variante gefällt mir. Jedoch, wenn das Werbegeld für sinnvolle Information an die Medien zurückfließen soll, wer beurteilt dann was sinnvoll zu gelten hat ?

Das ist eine schwierige Entscheidung. Denn noch immer bevorzugen die meisten Konsumenten jene Leitmedien, welche über Unglücke und Verbrechen berichten oder über Machtsüchtige welche als Helden (kriminelle Geschäftemacher, Kriegstreiber und andere Machtbesessenen die zu viel Geld gekommen sind) präsentiert werden . Das alles sind keine Bildungsinhalte für dem Weg in eine Welt mit mehr Wohlbefinden.

Deshalb bevorzuge ich die Variante 2 als Übergangslösung bis die Menschen bereit sind, die Variante 3 oder 4 zu akzeptieren.

Großen Raum nehmen auch überholte Familienvorstellungen und entwürdigende Darstellungen über das Sexuelle in den Medien ein.

Das sehe ich auch so und die Aufbausung des Sexuellen ist sinnigerweise ein Auswuchs, der gerade durch die Unterdrückung der sexuellen Bedürfnisse viel Auftrieb erhielt. Auch hier bremsen die KonsumentInnen die wünschbare Entwicklung fast noch mehr als die PolitikerInnen.

Heutige Gewaltenteilung



Künftige Gewaltenteilung - Variante 1



Künftige Gewaltenteilung - Variante 2



Zur Abbildung:

Wünschenswert ist nicht nur, dass die Medien eine Teilgewalt werden, sondern dass die Exekutive (Regierung) künftig nicht mehr als Teilgewalt gesehen wird. Sie soll wieder auf die Funktion als Ausführendes Organ der Beschlüsse der Legislative (Parlament) zurückgestuft werden.

Warum gibt es nicht mehr positive Informationen ?

Weißt du warum viele Menschen die negativen Mitteilungen bevorzugen ?

Der Mensch befasst sich meistens mit dem, was am dringendsten ansteht. Deshalb finden Gefahren, auch wenn sie nur eingebildet sind, stets eine große Beachtung.

Mit dem, was gut läuft, brauchen sich die Menschen und die Medien weit weniger zu befassen, weil Anpassungen erst erforderlich werden, wenn die Nachteile die Vorteile überholen oder etwas Besseres nachkommt.

Weil gute Nachrichten keine Angst auslösen, werden sie als nebensächlich betrachtet und sind damit weit weniger gefragt. Sie werden von jenen beachtet, welche nach Neuigkeiten und anderen Anregungen suchen. Dazu zählen auch jene Konsumenten, welche sich in Schwierigkeiten befinden und hoffen unter den positiven Mitteilung eine Hilfe zu finden.

Noch etwas will ich anfügen: Viele Konsumenten konsumieren die gleichen Medien, wie ihre Mitmenschen. Der Nachahm-Effekt spielt sehr stark mit. Im Umkehrfall ist eine Person, welche die Zeitschrift „Der Zeitpunkt“ liest, in ihrer/seiner Firma wahrscheinlich der/die einzige. Er/sie findet kaum Gelegenheit mit dem Mitarbeitenden sich über deren Inhalt austauschen.

Zurück zur Regelung der Zuweisung der Werbegelder. Wie soll ich mir das vorstellen ?

In einem ersten Schritt wird wahrscheinlich – einfachheitshalber - die Menge der Informationen ohne Beachtung der Themen und ohne Wertung ermittelt. Dann erhalten alle Medien ihren Anteil aus den Werbeeinnahmen-Topf entsprechend dem Textanteil den sie veröffentlichen. Es liegt auf der Hand, dass damit viele Gratisblätter schrumpfen werden. Aber gleichzeitig werden damit die kleineren Medien gefördert welche wenig Werbung aber viel Information verbreiten. Das Erscheinen verschiedener Meinungen in den Medien wird bei den LeserInnen zu einer verstärkten Abkehr vom „Mainstream“ führen. Es sei denn die großen Medien hören mit ihre Propaganda auf, so dass sie auch wieder kritische LeserInnen finden. Wenn das eintritt, so glaube ich, sind die Menschen bereit, über breitangelegte Befragungen und Mitbeteiligungsprozesse zu ermitteln, welche Inhalte mehr und welche weniger zu fördern sind.

Im neuen Paradigma, wo die Menschen selbstmächtiger sein werden, wird es keine Regelungen mehr brauchen, weil die Menschen das erzeugen werden, was Sinn macht.

Hast du noch weitere Verbesserungs-Vorschläge ?

- Es sollten wieder deutlich mehr Korrespondenten über die weltweite politischen Vorgänge berichten. Man kann natürlich fragen: „Ist das noch nötig, in einer Zeit, wo die Zahl der Handys jene der Menschen übertrifft ?“

Doch ich bleibe dabei, denn unabhängige Korrespondenten, die wirklich nachforschen und Beobachtungen vor Ort vornehmen, können vertiefter über die Vorgänge und Hintergründe berichten, als Privatpersonen ohne Medienerfahrung. Es werden bekanntlich viele Informationen und Bilder im Internet veröffentlicht von Amateuren, welche die tieferen Zusammenhänge nicht kennen. Für das soll ein Ausgleich geschaffen werden.

- Dort wo heute den JournalistInnen Informationen vorenthalten werden, wo sie keinen Zugang erhalten und wo sie aus anderen Gründen nicht selber hingehen können, sollen sie das für die LeserInnen erkennbar machen.

Zusätzliche Korrespondenten kosten viel Geld. Wo soll es herkommen ?

Sofern die Werbeeinnahmen nicht reichen, könnten höhere Mediengebühren beschlossen werden, denn Informationen müssen nicht zwangsläufig gratis sein.

Es fragt sich auch, ob eine Steuer auf die Benutzung des Internets erhoben werden soll. Wenn Ja, dann könnte diese Steuer auf die Abos der Internetanbieter aufschlagen werden.

Wir wissen auch, dass die Abonnementsgebühren die Medien für die Wenigbegüterten unattraktiv machen. Deshalb fragt ich mich, ob es sinnvoll ist, wenn Informationen etwas kosten ? Bei den Informationen handelt es sich um das gemeinsam erworbene Wissen allen Menschen. Deshalb ist es schlicht gerecht dieses allen gratis zur Verfügung zu stellen. Das jedoch erfordert, dass der Staat mit Steuergeldern den Medien die Differenz ausgleicht, die zwischen Werbeeinnahmen und dem tatsächlichen Bedarf besteht.

Politische Regeln für das Internet

Reden wir noch über das Internet. Dieses ist heute fast gratis und es ist ein immer wichtiger werdendes Medium. Wie sieht eine künftige Internet-Politik aus ?

Internet ist eine Voraussetzung für eine funktionierende, weltweite Zusammenarbeit und ein wichtiger Schlüssel zum neuen Paradigma. Das spüren auch die konventionellen Kräfte. Sie versuchen deshalb auch im Internet verschiedene Informationen zu filtern oder ganz zu blockieren.

Als Begründung für ihre Zensur geben sie an: „Einzelpersonen, Gruppen der Regierungen können Anschwärmungen, Falschinformationen oder gar Lügen verbreiten.“

Diese Angst ist nicht unbegründet, aber solchen Übeln darf nicht mit einer teilweisen oder ganzen Abschaltung von Internetzugängen begegnet werden. Vielmehr genügen dafür die ganz normalen polizeilichen Kompetenzen, die auch bei jedem anderen Verstoß gegen Verfassung, Gesetze oder Verordnungen gelten.

Was kann man gegen Informationssperren vorkehren ?

Zurzeit können die Besitzer der Übertragungs-Satelliten oder deren Staaten das Internet blockieren. Damit ist es ihnen möglich ganze Länder beziehungsweise deren Regierungen „in die Knie zu zwingen“. Deshalb sollten wir der UNO die Kompetenz und die Mittel geben, damit sie die Übertragungs-Satelliten von allen Zensurversuchen freihält.

Eine andere Informationssperre kennen wir von Ländern, in denen die Regierung ihre eigene Bevölkerung manipulieren will.

Ja, man erkennt das, wenn ausländischen Medien das Land verlassen müssen. Oder in Kriegsgebieten, wo ehrlich berichtende Journalisten nicht eingelassen werden. In solchen Fällen zeigt sich der Nutzen von unzensurierten Internetverbindungen besonders deutlich. In Kriegsgebieten und totalitären Staaten stellen Internet-Verbindungen oft die einzige Möglichkeit dar, damit die bedrängten Menschen auf ihre Not aufmerksam machen können.

Wie kann man verhindern, dass die Oppositionellen in solchen Ländern Lügen verbreiten ?

Lügen werden nicht nur in Krisengebieten verbreitet. Deshalb kann ich viel allgemeiner das gemeinsame Gegenmittel nennen, nämlich, dass man es allen am Konflikt beteiligten Personen ermöglicht, ihre Sicht verbreiten zu können. Dann bleibt es uns allen überlassen, was wir davon glauben wollen. Es ist möglich, dass das eine Informationsschwemme bewirkt, welche uns überfordern kann. Aber das ist immer noch besser, als durch eine Zensur einseitig informiert zu werden.



Was soll mit Regierungen geschehen, die absichtlich Falschmeldungen aussenden ?

Es gibt nicht nur in Russland und China Amtsstellen, die absichtlich Falschmeldungen verbreiten, vielmehr wurden in den USA über 30'000 Personen für diese Aufgabe angestellt. Und dort kommen zu diesen staatlichen Angestellten auch noch die privaten hinzu.

Die Auswirkungen haben wir bei den Kriegen der USA, bei der Entmachtung des Präsidenten in der Ukraine, bei den einseitigen Mitteilungen über die Kriege im Irakkrieg, in Afghanistan, in Libyen und in Syrien beobachtet.

Aber auch Umweltthemen werden manipuliert. Wir beobachten sogar Umweltverbände die mit Vertretern der „Klimalüge“ unterwandert werden. Das ging so weit, dass einige gestandene Umweltschützer plötzlich behaupteten, dass es keine Klimaänderung gebe. Sie glauben: „Die Klimaänderung ist von der Erdöllobby in die Welt gesetzt worden“. Ich frag zurück: „Warum sollte die Erdöllobby ihr eigenes Geschäft schmälern wollen ?“ Die hereingelegten Umweltschützer haben die absichtlichen Falschmeldungen der Erdöllobby nicht erkannt. Sie übersehen, dass es auch dann eine Klimaänderung gibt, wenn das CO2 nicht als Ursache in Frage kommt. Ich erwähne das, weil es zunehmend schwieriger wird, die Lügen von den ehrlichen Berichten zu unterscheiden. Deshalb macht es keinen Sinn die Lügen zu bekämpfen.

Wenn du die Lügen nicht bekämpfen willst, was schlägst du vor ?

- Wir sorgen dafür, dass niemand zum Lügenverfassen angestiftet wird. Deshalb empfehle ich, dass denjenigen, die so viel Geld besitzen, dass sie Falschmeldungs-Entwickler bezahlen können, dieses Geld entzogen wird.

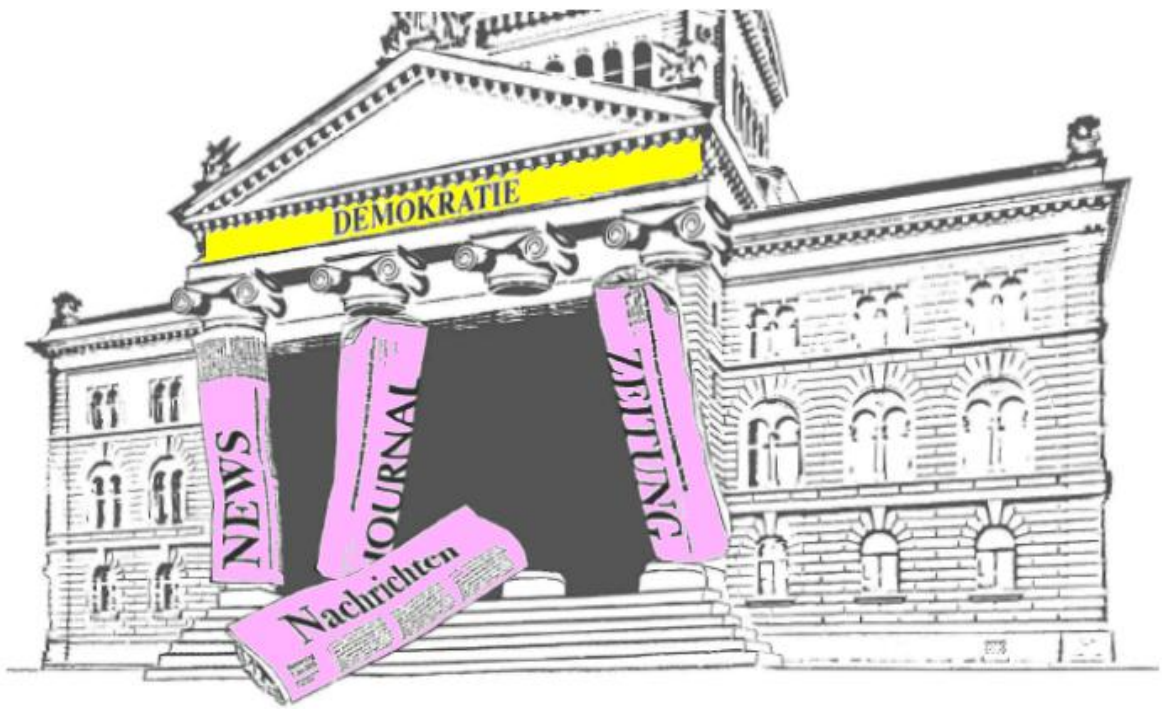
Als Maßnahmen dazu empfehle ich exponentiell steigende Steuern, die Abschöpfung der Erbschaften und eine ganz massive Einschränkung der Patentrechte.

Diese Besteuerung können wir ohne Gewissenbisse einführen, denn die wenigsten Reichen haben ihren Besitz legitim erworben. Denn es ist nicht legitim, Abgeordnete zu wählen, welche illegitime Bereicherung legalisieren.

- Den Menschen möchte ich vor Augen führen, dass gute Medien etwas kosten. Das bedeutet, dass sie selber oder der Staat die Medien finanzieren muss. Allerdings ist das so zu regeln, dass die Medien die Unterstützung auch dann erhalten, wenn sie Informationen verbreiten, welche den Behörden nicht passen.
- Medien, die Lügen verbreiten, sollen öffentlich gerügt werden.
- Auf Weltebene soll die UNO beschließen und durchsetzen, dass nur solche Informationen unterbunden werden dürfen, welche gegen die Menschenrechte verstoßen.
- Länder, welche die freie Meinungsäußerung beschneiden, sollen sich vor einem internationalen Gericht verantworten müssen.

Besten Dank für deine Anregungen. Nun warten wir auf Menschen, welche diese Vorschläge wirklich umsetzen.

Mai 2020 - mit Anpassungen 2022
Rückmeldungen an: rhstein@bluewin.ch



Wenn du nicht aufpasst, werden die Zeitungen dich dazu bringen,
diejenigen zu hassen, die unterdrückt werden,
und diejenigen zu lieben, die dich unterdrücken"

(Malcolm X)